



ANDREW KELLY / REUTERS

FOTO-TABLEAU

Madeline erobert den Laufsteg 4/5

Seit dem Herbst 2015 arbeitet Madeline Stuart als Model. Obwohl schon im Frühling desselben Jahres die ebenfalls am Down-Syndrom leidende Schauspielerin Jamie Brewer an der New York Fashion Week debütierte, gilt Madeline als eigentliche Pionierin, die trotz dieser Krankheit eine professionelle Karriere auf dem Catwalk verfolgt. «Ich möchte weiterhin zur Diversität in der Modeindustrie beitragen», sagte sie anlässlich ihres jüngsten Auftritts in New York, bei dem der Fotograf Andrew Kelly sie mit der Kamera begleitete. «Obwohl es Fortschritte gibt, ist der Weg noch weit. Es gibt immer noch Leute, die mich nicht ernst nehmen. Sie sehen mich nicht als Berufsmodel und behandeln mich auch nicht so. Aber ich bin ein Profi. Ich arbeite so hart wie alle anderen auch und verdiene es, gleich behandelt zu werden.» Dass mittlerweile andere vom Down-Syndrom Betroffene es ihr nachzutun wagen – etwa die Spanierin Marian Avila, die im September 2018 ebenfalls bei der New York Fashion Week lief –, erfüllt Madeline mit Genugtuung. «Das ist aufregend für mich, denn es zeigt, dass ich die Wahrnehmung der Modeindustrie verändert habe. Ich bin stolz darauf und glücklich, dass auch andere Mädchen ihre Träume wahr machen können.»

Das «afrikanische Problem»

Entwicklungszusammenarbeit braucht mehr Freiheit

Gastkommentar

von SABIN BIERI

Anekdoten misslungener Hilfseinsätze liefern beliebte Sujets für Biergespräche zwischen Entwicklungsexperten. Sie erzählen von unbenutzten Sanitäranlagen und Moskitonetzen, die zu Hochzeitschleiern umfunktioniert werden; von Wasseranschlüssen, die, sobald das mühselige Schleppen wegfällt, Ehemänner dazu verleiten, ihre Frauen im Haus einzusperren; von Neid und Missgunst, weil bestimmte Gruppen bei Hilfsleistungen bevorzugt werden. So wusste schon meine Grossmutter in den 1980er Jahren von einem verrosteten Traktor zu berichten, der das Ende eines Hilfseinsatzes einer Entwicklungsorganisation in einem fernen afrikanischen Land markierte, für die sie einst selbst – und zum letzten Mal, wie sie betonte – gespendet hatte.

Asien und Afrika

Entwicklung ist eine Verheissung, eine Frage, zu der alle eine Meinung haben und sich autorisiert fühlen, diese zu äussern. Seit Harry Trumans Inaugurationsrede 1949, der ersten, die direkt am Fernsehen übertragen wurde, ist die Öffentlichkeit vom Gedanken fasziniert, dem Elend der Welt ein Ende zu machen. Rostet der Traktor, statt fruchtbare Erde umzupflügen, macht sich Empörung breit.

Geburtenüberschuss, Arbeitslosigkeit, Rechtsunsicherheit, fehlende Investitionen, korrupte Regierungen, kulturelle Normen und die lähmende Wirkung der politischen Korrektheit aufseiten der Entwicklungsagenturen – dies sind geläufige Argumente für das – behauptete – afrikanische Scheitern. Eine Behauptung, die angesichts der Tatsache, dass die afrikanische Wirtschaft seit 2003 doppelt so schnell wächst wie der globale Durchschnitt, kaum haltbar ist. Sich auf eine neue Erzählung einzulassen – eine, die von Einfallreichtum, Veränderung und Aufbruch spricht statt vom Versagen –, passt nicht zu der politischen Intention, mit der in jüngerer Zeit auf die Entwicklungszusammenarbeit eingedroschen wird.

Vier beliebte Positionen aus den Stellungnahmen, die die NZZ in den vergangenen Monaten publiziert, seien im Folgenden beleuchtet.

Erstens der Asien-Vergleich: Man vergleiche Korea und Rhodesien, das heutige Simbabwe, Anfang der 1960er Jahre. Bei den relevanten Entwicklungsindikatoren sind beide Länder ungefähr gleichauf. Heute hat das asiatische Land das afrikanische in jeder Beziehung abgehängt. Ob Wirtschaftswachstum, Lebenserwartung, Kinderzahl, HIV/Aids, Kriminalität oder Infrastruktur, die Kommentatoren sind sich einig: Korea macht fast alles richtig. Simbabwe ist hoffnungslos.

Solche Vergleiche verleiten dazu, voreilige Schlüsse zu ziehen. Beispielsweise jenen, dass die

Entwicklungsgelder Afrika geschadet haben. Schliesslich erhielten die afrikanischen Staaten vergleichsweise viel davon – von den ungefähr zwei Billionen US-Dollar, die seit 1960 ausgeschüttet wurden, floss knapp ein Drittel ins Afrika südlich der Sahara. Was dabei unterschlagen wird: Die vielzitierten asiatischen Tigerstaaten schotteten sich ab – entgegen den Vorgaben des Washington Consensus. Ihre spektakulären Wachstumskurven verdanken sie einem Entwicklungsmodell, das eine gezielte Mischung von staatlichen Interventionen am Markt mit der vorsichtigen Öffnung der Wirtschaft kombiniert. Genau diese Freiheit, ihre Volkswirtschaften strategisch zu schützen, wurde den afrikanischen Staaten in der sogenannten «DrittWelt-Schuldenkrise» in den 1980er Jahren genommen. Die durch IMF und Weltbank verordneten Strukturanpassungsprogramme entzogen den afrikanischen Wirtschaften jene Handlungsmöglichkeiten, die den Kern des asiatischen Erfolgsmodells bilden. Die afrikanischen Staaten blieben am Gängelband des Schuldendienstes. Im Interesse ihrer Banken lenkten die westlichen Staaten die Zinszahlungen in mehrfacher Höhe der Gesamtmenge der geleisteten Entwicklungsgelder in ihre eigenen Schatullen.

Kultur und Demografie

Zweitens das Kulturargument: Neben ihrer rauen Exotik steht die «afrikanische» Kultur für die Herrschaft der Big Men und enge Bande von Familie und Clan. Das Argument: Die relative Bedeutungslosigkeit des Individuums gegenüber der Gruppe belohne Anpassungsfähigkeit und fördere nicht den Wettbewerb. Dadurch ersticke sie manche Innovation im Keim.

Das Gegenargument: Kultur ist Fettnapf und verbotene Zone. Ein Konversationskiller. Jede gute Idee kann mit dem Verweis auf kulturelle Eigenheiten zur Strecke gebracht, jeder Fehler auf die Kultur abgeschoben werden. Was aber die Fesseln von Familie, Clan oder Stamm effektiv lösen könnte, wären substanzielle Wohlfahrtsprogramme, ausgerichtet von der öffentlichen Hand. Genau so – mit der AHV, Schutz bei Krankheit, Unfall, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit – schritt die Individualisierung – ein wesentliches Puzzleteil der Entwicklung moderner Industriestaaten – in unseren Breitengraden voran. Es braucht schon ein gerüttelt Mass an Chuzpe, auf der einen Seite die neoliberale Forderung nach Staatsabbau und das Loblied der Strukturanpassungsprogramme zu singen und auf der anderen rückständigen Strukturen einer als «afrikanisch» markierten Kultur die Schuld für Entwicklungsdefizite zu geben.

Drittens der «Geburtenüberschuss»: Die Afrika-Erklärer bemühen Kultur auch gern im Zusammenhang mit der hohen Geburtenrate. Vorneweg gibt es Seitenhiebe in Richtung politische Korrektheit, die

Jede gute Idee kann mit dem Verweis auf kulturelle Eigenheiten zur Strecke gebracht, jeder Fehler auf die Kultur abgeschoben werden.

jede sachliche Diskussion über die wahren Probleme verhindere.

Die Diagnose greift zu kurz. Die eugenischen und rassistischen Motive der historischen Kampagnen zur Bevölkerungskontrolle brauche ich hier nicht ins Feld zu führen, ebenso wenig die Einsicht, dass hohe Geburtenraten nicht die Ursache, sondern eine Folge von Armut sind. Die Kommentatoren blenden zudem aus, dass wirksame Familienplanungsangebote nur im Kontext eines funktionierenden Gesundheitssystems sinnvoll aufgebaut werden können. Hier beisst sich die Katze in den Schwanz: Das öffentliche Gesundheitswesen wurde als Folge der Kreditkonditionen für den Schuldenabbau zurückgestutzt, während das Entwicklungsgeld für Familienplanung zweckgebunden und von andern Gesundheitsprogrammen abgezogen wurde.

Ende der Verantwortung

Viertens das Ende der Verantwortung: Wir sind es leid, uns rund vierzig Jahre nachdem das letzte afrikanische Land seine Unabhängigkeit erlangt hat, weiterhin den Vorwurf der Mittäterschaft anhören zu müssen. Nur zu gern würden wir uns aus der Verantwortung stehlen. Zumal wir uns in der Schweiz ungern als Teil der kolonialen Machenschaften erkennen – eine weitere Engführung, wie jüngere historische Studien nahelegen. Den imperialen Gestus der internationalen Zusammenarbeit weisen wir weit von uns, er passt schlecht zu hehren Absichten und unserem genuine Engagement. Die Unschuldsumutung wird aus liberaler Optik zudem damit gerechtfertigt, dass der Westen kein Interesse an einem schwachen Afrika habe. Vielmehr verlange eine liberale Weltordnung starke Partner, die sich auf Augenhöhe begegneten.

Wir können die Verantwortung aber nicht abstreifen. Angefangen bei Trumans Rede 1949 waren Ent-

wicklungsgelder stets von geopolitischen Überlegungen gesteuerte Investitionen im Ringen um globale Vorherrschaft – sei sie ideologisch oder wirtschaftlich. Zwölf Jahre nach dem Fall der Mauer, als in New York die Zwillingtürme kollabierten, sprudelten Entwicklungsgelder dort, wo namenlose Rebellengruppen oder abgehalfterte, demokratiefeindliche Regime den antiislamistischen Kampf ausriefen. Entwicklungspolitik wurde als zentrales Instrument der geopolitischen Weltordnung wiederentdeckt.

Und was die Augenhöhe angeht: Ohne massive Reduktion der Subventionen auf unseren Exportgütern, namentlich in der Landwirtschaft, würde die Anpassung von Handelsbedingungen tatsächlich keine Verbesserung herbeiführen. Solange der Freihandel das Recht des Stärkeren verteidigt, versickert jegliche Anstrengung des wirtschaftlichen Aufbaus.

China, das mit billig produzierter Ware afrikanische Märkte überschwemmt, radierte die lokale Wertschöpfung der westafrikanischen Textilindustrie vollkommen aus. Unter solchen Bedingungen wird es schwierig, den Export des Berufsbildungswesens als Schweizer Entwicklungsengagement zu propagieren. Interessanter wäre es, aufbauend auf der Sozialpartnerschaft die Bildung von Arbeitnehmervertretungen zu fördern. Dies wäre ein echter Beitrag zu Programmen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel haben. Denn bis jetzt bieten sie kaum echte Alternativen, sondern führen lediglich von der Vulnerabilität einer landwirtschaftlichen Existenz in die Prekarität einer immer unwägbareren Lohnabhängigkeit.

Das zu verhindern, wäre die Aufgabe einer zukunftsgerichteten, das Momentum der Agenda 2030 aufgreifenden Entwicklung. Wie erzeugt man echte Perspektiven, Berechenbarkeit, Verlässlichkeit, Weitblick? Sicher nicht, indem man ein «afrikanisches Problem» herbeiredet, die Kausalitäten verdreht und immer enghaschigere Vorgaben für «Hilfe» formuliert. Angesichts der auf mehreren Ebenen – sozial, ökologisch, wirtschaftlich – aufs Engste vernetzten Welt müssen wir aus dem Selbstverständnis heraus, dass wir als globale Gemeinschaft Verantwortung tragen, das Wagnis eingehen, unterschiedliche Entwicklungspfade zuzulassen.

Statt wie alle andern «my country first» zu schreien, ist es an der Zeit, angestaubte Ideen wie Solidarität wieder in Wert zu setzen. Die Innovationsfähigkeit und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit müssen gestärkt werden, indem die Finanzierung Freiheitsgrade bereitstellt, damit neue Strategien in unverbrauchten Partnerschaften, namentlich mit der Forschung, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, angepackt werden können.

Sabin Bieri forscht am Interdisziplinären Zentrum für nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) an der Universität Bern.